

Berlin, 26. Februar 2007

098/07

Mitteilung für die Presse

Beschluss des SPD-Parteirates - "Für eine integrierte Klima- und Energiepolitik"

Der SPD-Parteirat hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Wir erleben gegenwärtig einen erneuten großen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. Aber es ist noch nicht entschieden, ob sich die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung für alle mit dem 21. Jahrhundert verbinden wird oder dieser Schub die Erde an beziehungsweise jenseits der Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit bringt und globale Verteilungskonflikte ebenso wie der Krieg um Rohstoffe das neue Jahrhundert prägen werden. Aus Gründen internationaler Zusammenarbeit und der Friedenssicherung muss die Ressourcensicherung deshalb in einer Weise erfolgen, die anderen Gesellschaften nicht die für diese ebenso unverzichtbaren Ressourcen nimmt. Das gilt für Energie, Rohstoffe, Wasser- und Bodenfruchtbarkeit.

Eine wesentliche Grundlage weltweiten wirtschaftlichen Wachstums wird auch in Zukunft das ausreichende und bezahlbare Angebot an Energie bilden. Die weltweite Nachfrage nach Energie wird stetig weiter steigen. Die internationale Energie Agentur schätzt, dass die weltweit wachsende Nachfrage nach Energie dazu führen wird, dass sich der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis zum Jahr 2050 auf jährlich knapp 60 Gigatonnen verdoppeln wird, wenn wir nicht handeln.

Sicher: Engagierter Klimaschutz kostet Geld, etwa 1 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Sicher ist aber auch: Kein Klimaschutz kostet mehr Geld. Wenn wir nicht gegensteuern, wird der Klimawandel aber unsere wirtschaftliche Entwicklung bedrohen. Sir Nicolas Stern, der frühere Chefvolkswirt der Weltbank, prognostiziert der Weltwirtschaft Schäden zwischen 5 und 20 Prozent des globalen BIP im Falle eines ungebremsten Klimawandels. Die sozialen und ökologischen Schäden durch den Klimawandel werden die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der letzten Jahrzehnte aufzehren, große Flüchtlingsströme und die Ausbreitung von Krankheiten genauso zur Folge haben wie Krieg und Bürgerkrieg um Wasser. Klimaschutz ist deshalb nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern vor allem auch eine ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung.

.../2

Wir müssen jetzt handeln – auf nationaler und internationaler Ebene. Die nächsten 10 bis 15 Jahre entscheiden darüber, ob wir die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch verhindern können. Wir müssen daher alles daransetzen, dass die globale Erwärmung auf mehr als 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau in diesem Jahrhundert verhindert wird.

Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum sind keine Gegensätze. Je früher wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden, desto geringer fallen die Kosten aus. Aktiver Klimaschutz stärkt unsere Wirtschaftskraft, schafft Arbeitsplätze und bietet Unternehmen enorme zusätzliche Exportchancen. Wer auf klimafreundliche Energietechnologien, den effizienten Einsatz von Energie und auf erneuerbare Energien setzt, hat die Nase vorn im internationalen Standortwettbewerb.

Deshalb brauchen wir

- ambitionierte Klimaschutzziele, die Innovationen anregen,
- Forschung und Technologie sowie ambitionierte Standards für eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz
- den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien,
- die Entwicklung CO₂-freier Energietechniken bei fossilen Energieträgern.

Deutschland und Europa müssen dabei die technologische Vorreiterrolle übernehmen.

- Darum unterstützen wir den Vorschlag der EU, dass die Industrieländer sich im Rahmen der Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls verpflichten, bis 2020 gemeinsam ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Deutschland wird dabei einen Minderungsbeitrag von 40 Prozent leisten. Die Initiative der EU, unabhängig vom Ausgang der internationalen Verhandlungen bereits jetzt eine Verminderung der Emissionen in Europa um mindestens 20 Prozent bis 2020 festzuschreiben, ist ein richtiges Signal.
- Deutschland und die EU sollten sich dabei auch zum Ziel bekennen, bis 2050 weltweit 60 Prozent der CO₂-Emissionen von 1990 einzusparen. Dazu ist notwendig, dass die Industriestaaten eine Minderung von 80 Prozent erreichen.
- Wir unterstützen die vorgeschlagenen Maßnahmen, die auf eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz hinwirken, um das Ziel einer Effizienzerhöhung um 20 Prozent bis 2020 zu erreichen. Dazu muss der auf Initiative der SPD in den Koalitionsvertrag aufgenommene Weg des Top-Runner-Prinzips umgesetzt werden, in dem energieeffizienteste Geräte den Standard setzen, an dem alle anderen Geräte gemessen werden und den diese innerhalb weniger Jahre erreichen müssen.
- Wir unterstützen das verbindliche Gesamtziel von mindestens 20 Prozent für den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in der EU bis zum Jahr 2020, mit verbindlichen Sektorzielen für Stromerzeugung, Wärmebereitstellung und Kraftstoffe. Das bedeutet auch, dass wir mehr Forschungsmittel für die erneuerbaren Energien bereitstellen müssen.
- Wir unterstützen ein verbindliches Ziel für die Beimischung von mindestens 10 Prozent Biokraftstoffen bis 2020.

- Wir unterstützen gesetzliche Regelungen, die den CO₂-Ausstoß für Pkws bis 2012 auf 120 Gramm CO₂ pro Kilometer differenziert nach Fahrzeugklassen begrenzen. Für die Zeit nach 2012 müssen schon jetzt weitere, noch ambitioniertere Ziele aus Gründen der Planbarkeit vorgegeben werden.

Darüber hinaus

- müssen wir die Kraft-Wärme-Kopplung durch eine Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes deutlich ausbauen. Wir wollen, dass sich der KWK-Anteil bis zum Jahre 2020 auf 25 Prozent verdoppelt,
- streben wir zur Förderung von Effizienzmaßnahmen bei klein- und mittelständischen Unternehmen die Einrichtung eines Energieeffizienzfonds an,
- setzen wir uns für die rasche Einführung des bedarfsorientierten Gebäudeenergiepasses, die Fortführung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms über 2009 hinaus und die Festlegung noch wesentlich anspruchsvollerer Effizienzstandards in der Energieeinsparverordnung ein,
- sollte noch in diesem Jahr ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in Kraft treten, dass die Förderung verlässlich macht und weitere Technologien in die Förderung einbezieht. Wir wollen auch auf diesem Sektor eine deutsche Marktführerschaft erreichen,
- wollen wir die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dazu nutzen, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Rahmen unserer solaren Ablösungsstrategie noch schneller auszubauen. Bis 2020 ist ein Anteil von mehr als 20 Prozent möglich.

Beim Strom- und Gasbinnenmarkt kommt es darauf an, dass der Zugang für Wettbewerber völlig offen und diskriminierungsfrei ist. Dazu müssen alte Optionen zur Schaffung von mehr Wettbewerb geprüft werden, dazu gehören Maßnahmen wie die stärkere Trennung von Netz- und Kraftwerksbetrieb ebenso wie der Zusammenschluss der europäischen Netzagenturen.

Hohe Ölpreise sind auch für die Mobilität von Menschen und Produkten eine Herausforderung. Unser Ziel ist es daher, die Effizienz im Verkehr zu verbessern, neue Technologien zu erforschen und alternative Kraftstoffe voranzutreiben.

Mit der Beimischung von Biokraftstoffen ist ein erster Schritt getan. Darüber hinaus treten wir für die Novellierung der Kraftfahrzeugsteuer ein, damit die Steuer nach dem CO₂-Ausstoß – und damit auch dem Benzinverbrauch – statt dem Hubraum bemessen wird. Wer mehr Sprit verbraucht und damit mehr CO₂ erzeugt, der soll künftig mehr zahlen als derjenige, der weniger Schadstoffe ausstößt. Bei Fahrzeugen mit sehr niedrigen CO₂-Emissionen soll die Kraftfahrzeugsteuer entfallen.

Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, deren Reserven sich frühzeitiger erschöpfen, als bei Erdöl und Erdgas und bei denjenigen, für die wir auf Importe angewiesen sind. Das heißt, dass es unter den fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt. Weltweit wird Kohle weiterhin eine wichtige Energiequelle bleiben. Deshalb wollen wir, dass bis spätestens 2015 CO₂-freie Kraftwerke entwickelt werden und die Nutzung dieser Technologie frühzeitig EU-weit

für neue Kraftwerke verbindlich wird. Die Nutzung der Kernenergie hat für uns keine Zukunft. Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernenergie – wie 2001 vereinbart. Eine Gesamtlauzeit, die über die im Energiekonsens vereinbarte hinausgeht, lehnen wir ab.

Wir wollen, dass Europa zur energieeffizientesten Region der Welt wird, und dazu wollen wir in Deutschland unseren Beitrag leisten: Mit Innovationen und modernster Technik mehr Kilometer Fahrleistung pro Liter Sprit, aus jedem Kubikmeter Gas mehr Raumwärme und mehr Nutzen aus jeder Kilowattstunde Strom.